

April 2020

Länderbericht

Multilateraler Dialog Genf



Genfer Depesche

Wochenspiegel zu Vorgängen im multilateralen Genf zu COVID-19 (27.03.-02.04.)

Olaf Wientzek, Diana Peters, Sarah Ultes

Die „Genfer Depesche“ geht in Kurzform auf aktuelle Entwicklungen in den Genfer multilateralen Organisationen zu einem aktuellen Thema ein. In diesen Wochen widmet sie sich Entwicklungen in den Genfer Organisationen mit Bezug auf COVID-19. Die Pandemie hat nicht nur eine gesundheitspolitische Dimension, sondern hat erhebliche Auswirkungen für die Zukunft der Weltwirtschaft, des Welthandels, der Arbeit, Flucht und Migration, die humanitäre Hilfe sowie den Multilateralismus als Ganzes.

Folgt man dem Diskurs in Genf, so befindet sich die internationale Gemeinschaft an vielen Fronten in einem Wettlauf gegen die Zeit: sei es bei der Erhöhung der Gesundheitssysteme mit den notwendigen Testkapazitäten und Ausrüstungen, bei der Vorbereitung anfälliger Länder, beim Umgang mit der drohenden humanitären Katastrophe durch die Ausbreitung von COVID-19 in Konfliktgebieten oder bei der Einwerbung dringlich benötigter finanzieller Hilfen zur Abfederung wirtschaftlicher und sozialer Folgen.

WHO: erste Lehren, Wettlauf gegen die Zeit, Sorge um Gesundheitssysteme

Zu Wochenbeginn hat sich die Weltgesundheitsorganisation (WHO) mit ca. 50 Gesundheitsministern virtuell beraten, unter anderem teilten vor allem China, Japan, die Republik Korea und Singapur ihre Erfahrungen. Gemeinsames Erkenntnis: Entscheidend ist die Früherkennung und Nachverfolgung der Kontakte inklusive Isolation, ebenso die Notwendigkeit vertrauensbildender Maßnahmen und des Einbezugs der lokalen Gemeinschaft. Gerade Letzteres wird oft unterschätzt, obschon dieser Faktor für die Erfolgsaussichten bei der Eindämmung mitentscheidend ist. Konsens bestand auch darin, dass der weltweite Mangel an persönlicher Schutzausrüstung eine der dringendsten Bedrohungen bleibe. Die WHO rief daher die G20-Länder dazu auf, eng mit dem Privatsektor zusammenzuarbeiten, um die Produktion zu steigern, den freien Verkehr wesentlicher Gesundheitsprodukte und eine gerechte

Verteilung nach Bedarf sicherzustellen. Die WHO selbst arbeitet intensiv mit verschiedenen Partnern zusammen, um den Zugang zu lebensrettenden Produkten wie Diagnostika, Schutzausrüstung, medizinischem Sauerstoff und Beatmungsgeräten, etc. massiv zu verbessern. Bislang hat die WHO zwei Millionen persönliche Schutzausrüstungen an 74 Länder gesendet und bereitet eine weitere Sendung in ähnlichem Umfang an 60 weitere Länder vor. Der Bedarf ist gleichwohl um ein Vielfaches höher. Entsprechend wiederholt Generaldirektor Tedros Ghebreyesus gebetsmühlenartig die Forderung nach einer massiven Steigerung der Produktion und Testkapazität. Dies ist ein Wettlauf gegen die Zeit: Die WHO bereitet sich auf die kommenden Wochen vor, wenn die Pandemie Afrika oder Länder Süd- und Südostasiens voll erfasst, in denen Heimarbeit und "social distancing" schwer umsetzbar sind bzw. wenn in vielen Ländern der Lockdown langsam zurückgefahren wird. In solch einem Kontext sind möglichst umfassende Testkapazitäten entscheidend zur Bekämpfung der Krise.

Der schnell steigende Bedarf an Gesundheitspersonal und Gesundheitseinrichtungen führt wiederum oft zur Überlastung der Gesundheitssysteme. Frühere Ausbrüche haben gezeigt, dass bei überforderten Gesundheitssystemen die durch Impfstoffe vermeidbaren und behandelbaren Krankheiten dramatisch zunehmen. Mithin ist die Fortsetzung der wesentlichen Gesundheitsdienste essentiell: Die WHO hat daher Richtlinien für

Gesundheitssysteme zur Reaktion auf COVID-19 unter Beibehaltung grundlegender Gesundheitsdienste veröffentlicht, die unter anderem ein Handbuch zur Errichtung von Behandlungszentren umfassen.¹

Ein schnelles Vorbeiziehen der Krise ist nicht zu erwarten. Ein Impfstoff ist auch nach Einschätzungen der WHO wie der Impfallianz Gavi bis zu 12 bis 18 Monate entfernt ist. Deshalb gibt es einen dringenden Bedarf an Therapeutika zur Behandlung von Patienten. In Norwegen und Spanien wurden erste Patienten in die von der WHO lancierte Solidaritätsstudie aufgenommen, in der die Sicherheit und Wirksamkeit von vier verschiedenen Arzneimitteln und Arzneimittelkombinationen gegen COVID-19 verglichen wird. Mehr als 45 Länder nehmen inzwischen an der Studie teil. Je mehr Länder beitreten, desto schneller werden die Ergebnisse vorliegen. Die WHO fordert ausdrücklich alle Länder auf, keine Therapeutika zu verwenden, von denen nicht nachgewiesen wurde, dass sie bei der Behandlung von COVID-19 wirksam sind. Diese sollten bei Krankheiten angewendet werden, bei denen sie sich als wirksam erwiesen haben.

Ein positives Zeichen ist die bislang gezeigte finanzielle Solidarität von staatlichen wie privaten Akteuren: Der COVID-19-Solidaritätsfonds hat mehr als 622 Millionen US-Dollar erhalten und ist damit dem angestrebten Ziel von 675 Millionen US-Dollar nicht mehr weit entfernt. Der Großteil der Gelder kommt aus demokratischen Ländern des globalen Westens.

Eine zusätzliche schwierige Herausforderung ist laut WHO-Vertretern der Kampf gegen Falschmeldungen. Die WHO selbst ist Opfer von Cyberangriffen; gleichzeitig geben sich Dritte als WHO-Experten oder gar als Generaldirektor Tedros aus.

Warnung vor humanitärem Drama

Die Hilferufe im humanitären Bereich werden immer verzweifelter: ein gemeinsamer Brief von WHO, UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR, der Inter-

nationalen Organisation für Migration (IOM) und dem Büro der Hohen Kommissarin für Menschenrechte (OHCHR) warnt vor der erhöhten Gefahr für besonders anfällige Gruppen wie Flüchtlinge, Migranten, Häftlinge und Staatenlose. Grenzsicherungen dürften beispielsweise nicht auf Kosten internationaler Schutzstandards für Flüchtlinge und Migranten erfolgen. Viele Experten fürchten den unmittelbar bevorstehenden Ausbruch von COVID-19 in Flüchtlingslagern.

Von UN-Vertretern kommen immer wieder Forderungen nach einem besseren Schutz der älteren Bevölkerung, Andere Stimmen weisen auf die wachsende häusliche Gewalt hin, unter der vor allem Frauen und Kinder leiden.

Ein besonderes Augenmerk legten IOM und UNHCR auf die Lage der Flüchtlinge und Migranten aus Venezuela und riefen zu einem Hochfahren der humanitären Hilfe auf. Insgesamt sind rund 5 Millionen Menschen betroffen.

Alarmierend äußerte sich auch der Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK), Peter Maurer in einem Meinungsartikel.² Zudem verwies das IKRK auf die dramatische Situation in Afrika. Ohne Sofortmaßnahmen werde der Ausbruch verheerende Folgen haben. Einige Länder seien schon mit der Bewältigung von Masern und Malaria überfordert, viele Länder seien auf Lebensmittelimporte angewiesen. Die Reisebeschränkungen vieler Regierungen gefährdeten zunehmend die Arbeit. Die Situation in Krisengebieten weltweit sei besonders kritisch: Es sei nahezu unmöglich, COVID-19 in Konfliktgebieten zu bekämpfen, es sei denn durch eine sofortige Aktion von Staaten und humanitären Akteuren. Das IKRK taxierte den finanziellen Bedarf auf 800 Millionen Franken.

Besonders die Lage in Syrien bereitet nach wie vor Sorgen: medizinisches Personal sei von allen Konfliktparteien, insbesondere aber von der pro-Regierungskräften angegriffen worden, so die Internationale Unabhängige Untersuchungskommission (Col) zu Syrien. Laut WHO haben 70% der Gesundheitsarbeiter das Land verlassen, nur 64% der Krankenhäuser und 52% der primärmedizinischen Versorgungsstationen be-

¹ <https://www.who.int/news-room/detail/30-03-2020-who-releases-guidelines-to-help-countries-maintain-essential-health-services-during-the-covid-19-pandemic>

² <https://www.letemps.ch/opinions/peter-maurer-impact-covid19-pourrait-victimes-guerre-terrifiant>

stunden noch. Laut dem Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) könne das Virus katastrophale Auswirkungen im gesamten Land entfalten; es bestehe ein hohes Risiko, dass Syrien die Pandemie nicht eindämmen werde können. Begrüßt wurde die Ankündigung der Demokratischen Kräfte Syriens (SDF), militärische Aktionen wegen der Pandemie auszusetzen. Der Aufruf des UN-Generalsekretärs zur weltweiten Waffenruhe ist nur begrenzt auf Resonanz gestoßen. Kritisch äußerte sich das Hohe Kommissariat der UN für Menschenrechte über die Maßnahmen der ungarischen Regierung, sei es am Regieren per Dekret, sei es die Androhung mehrjähriger Haftstrafen für Verbreitung von "Falschmeldungen"

Freier Warenverkehr – Warnung vor den Folgen unabgestimmten Handelns

Mehr und mehr rückt die Bedeutung der Aufrechterhaltung des Warenverkehrs in den Vordergrund. Der Generalsekretäre des Weltdachverbands der Straßentransportwirtschaft (IRU), Umberto de Pretto, warnte in einem Interview³ vor den Folgen unabgestimmter Grenzsicherungen für die Versorgung mit Lebens- und Arzneimitteln. Lange Wartezeiten könnten zum Verderben der Ware führen und damit zu Versorgungsengpässen. Länder wie Afghanistan, Turkmenistan, Pakistan und der Iran haben ihre Grenzen komplett geschlossen. Laut IRU habe der Straßentransport auch durch unabgestimmte Grenzsicherungen um 30-40% abgenommen

In einem gleichgelagerten Statement hatten am 31. März auch Vertreter der Welternährungsorganisation (FAO), WHO und Welthandelsorganisation (WTO) vor Handelsbeschränkungen gewarnt, die die Nahrungslieferketten beeinflussen könnten – sei es durch Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Beschäftigten aus der Landwirtschaft oder dem Nahrungsmittelsektor oder durch Wartezeiten für Nahrungsmittelcontainer.⁴ Gleichzeitig begrüßte WTO-Generaldirektor Ricardo Aze-

vedo die Zusage der G20-Finanzminister, grenzüberschreitenden Handel wichtiger Güter zu gewährleisten und handelsbezogene Informationen mit der WTO zu teilen.

Forderungen nach wirtschaftlicher und sozialer Solidarität

Wie schon in der vergangenen Woche gab es Forderungen von verschiedenen Organisationen nach einem inklusiveren Sozial- und Wirtschaftssystem. Tenor: Man solle die Fehler von 2008 nicht wiederholen. Dies spiegelt sich nicht nur im Bericht von UN-Generalsekretär Antonio Guterres wider⁵, der die COVID-Krise als größte Prüfung seit Gründung der UN bezeichnete. Zur Unterstützung für Länder mit niedrigen und mittleren Einkommen wurde der Multi-Partner Treuhandfonds: "COVID-19 Response & Recovery Fund" ins Leben gerufen.

Auf Basis eines Berichts der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) wird ein Investitionsvolumen von 2,5 Billionen Dollar zur Abmilderung der schlimmsten Folgen gefordert: Die Mittel würden sich aus einer Billion über Zugang zu Sonderziehungsrechten des IMF, einer weiteren Billion durch Schuldenerlasse oder Schuldenmoratorien und 500 Mrd. aus der Öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit zusammensetzen⁶. Auch hier wird – wie in diesen Tagen in der EU – von einem Marshall Plan gesprochen, allerdings auf globaler Ebene. Insbesondere die Forderung nach einem Schuldenerlass gegenüber besonders anfälligen Ländern ist aus verschiedenen Organisationen zu vernehmen. Der Tenor: Solidarität liege im Selbstinteresse aller Länder, da die Krise ohne den Schutz der anfälligsten Länder wirtschaftlich und gesundheitlich nicht zu lösen sei.

Das World Economic Forum (WEF) rief Unternehmen auf, dem Kampf gegen das Virus beizutragen. Der WEF-Vorsitzende Klaus Schwab warb bei Unternehmen der "COVID-19 Action Plat-

³ <https://www.letemps.ch/economie/umberto-pretto-coordination-situation-transporteurs-routiers-va-devenir-critique>

⁴ https://www.wto.org/english/news_e/news20_e/igo_26_mar20_e.htm

⁵ https://www.un.org/sites/un2.un.org/files/sg_report_socio-economic_impact_of_covid19.pdf

⁶ https://unctad.org/en/PublicationsLibrary/gds_tdr2019_covid2_en.pdf

form"⁷ zur Einhaltung so genannter "Stakeholder Principles", welche unter anderem Arbeitnehmerschutz, Aufrechterhaltung von Lieferketten, faire und stabile Preise, Unterstützung von Regierung und Gesellschaften sowie die Sicherung der langfristigen Überlebensfähigkeit von Unternehmen umfassen. Zur Unterfütterung dieser Leitsätze veröffentlichte das WEF am 31. März ein erstes Papier zu Leitlinien für Unternehmer, Empfehlungen für den Umgang mit der Belegschaft umfassen.⁸

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) forderte einen sozialen Dialog zwischen Regierungen, Arbeitnehmern und Arbeitgebern zur Bewältigung der Krise. Die 2020er dürften keine Wiederholung der 1930er werden. Generaldirektor Guy Ryder forderte noch nie dagewesene fiskalpolitische Maßnahmen, um zu verhindern, dass der derzeitige Abschwung zu einer nachhaltigen Rezession führe. Gleichzeitig lobte er das G20-Treffen als Schritt in die richtige Richtung.

Krise trifft auch Klimamonitoring

Von Woche zur Woche wird deutlicher, welche weite Kreise die Coronakrise zieht. Nun äußerte sich selbst die Weltorganisation für Meteorologie (WMO) besorgt über die Konsequenzen der Pandemie für die Qualität von Wettervorhersagen und Klimamonitoring. Grund ist unter anderem der reduzierte Flugverkehr, da ein nicht unerheblicher Anteil wichtiger Daten aus Messungen während Flügen stammt.

Kommentar – die WHO als unersetzliche Quelle für Informationen und Expertise

Oftmals wird unterschätzt, welche zentrale Rolle die WHO als Plattform für Expertise in dieser Krise gespielt hat und weiterhin spielt – trotz ihrer begrenzten Mittel und ihrer Abhängigkeit vom guten Willen der Mitgliedstaaten. Sie sollte insbesondere als primäre Quelle für Fakten und Empfehlungen ernst genommen werden. Zusätzlich zu Pressekonferenzen, stellt die WHO sehr

gut erklärte und dargestellte Informationen über COVID-19 zur Verfügung.⁹

So klärt sie beispielsweise darüber auf, welche chronischen Krankheiten den Menschen für einen schweren Verlauf von COVID-19 anfälliger machen; warum Rauchen und Alkoholkonsum das Risiko für eine Infektion erhöht; gibt aber auch Hinweise für die Erhaltung der physischen und psychischen Gesundheit unter Quarantäne. Sie liefert zudem Fakten zu der Krankheit und stellt "Fake News" richtig, beispielsweise dass man sich nicht mit einem 10-sekündigen Atemtest auf das Virus testen lassen kann und dass COVID-19 nicht in der Luft verweilt ("airborne"). Neueste Erkenntnisse werden bei der WHO zusammengetragen und direkt als öffentliche Informationen bekannt gegeben. So hat die WHO mehr als 40 Leitlinien-Dokumente veröffentlicht mit detaillierten evidenzbasierten Empfehlungen für Regierungen, Krankenhäuser, Gesundheitspersonal und die allgemeine Bevölkerung. Es gibt auch einen kostenlosen WHO Online-Kurs zu COVID-19, den bereits mehr als eine Million Personen weltweit absolvierten¹⁰: Hinzu kommt ihre Rolle als Koordinatorin, sowie durch strategische Vorausschau Antworten für den weiteren Verlauf der Krise in den kommenden Monaten zu finden.

Leseempfehlung (englisch)

Peter Sands (Direktor des Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose):

Rethinking Global Health Security:

<https://www.theglobalfund.org/en/blog/2020-03-27-re-thinking-global-health-security/>

⁷ <https://www.weforum.org/platforms/covid-action-platform>

⁸ Workforce Principles for the COVID-19 Pandemic Stakeholder Capitalism in a Time of Crisis: http://www3.weforum.org/docs/WEF_NES_COVID_19_Pandemic_Workforce_Principles_2020.pdf

⁹ <https://www.who.int/emergencies/diseases/novel-coronavirus-2019/media-resources/press-briefings#>

¹⁰ Kurse sind hier einsehbar: <https://openwho.org/>

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Olaf Wientzek
Leiter Multilateraler Dialog Genf
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
olaf.wientzek@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)